



Die neue Kriminalisierungswelle der Solidarität und Rettung in Italien



Palermo, 09. März 2021

1. Die Seenotrettung

Die Forderung nach einem sicheren Hafen kann ganz bestimmt nicht als Versuch gesehen werden, eine Regierung zu erpressen. Denn es sind mit Sicherheit nicht die Schiffe der NGOs, die diesen Druck ausüben – es ist das internationale Recht, dass einen sicheren Hafen für Schiffbrüchige vorschreibt. Doch nur zu gern wird dies ignoriert, ist es doch viel bequemer – und wahlwirksamer –, den schwarzen Peter denjenigen zuzuschieben, die die politische Suppe der bilateralen, unmenschlichen Verträge auslöffeln. Die Öffentlichkeit, so der Asylrechtsexperte [Fulvio Vassallo Paleologo](#), ist seit Jahren darauf gedrillt, die Schuld den Organisationen zuzuschieben, die Menschenleben auf See retten. Bisher ist nicht ein Fall gegen eine NGO wirklich beendet worden, doch die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung im Zentralen Mittelmeer erlebt gerade ein neues Hoch.

Der Fall der Open Arms

2018 waren der Kapitän und die Missionsleiterin der Open Arms von der Staatsanwaltschaft Ragusa wegen Beihilfe zur illegalen Einreise angeklagt worden. Sie hatten [am 15. März 2018](#) auf ausdrücklichen Wunsch der italienischen Seenotrettungsleitstelle 218 Personen in internationalen Gewässern gerettet und diese dann nach Pozzallo auf Sizilien gebracht. Der Richter in der Vorverhandlung entschied Anfang November 2020 jedoch, [dass es keinen Straftatbestand](#) gebe. Am 29. Januar 2021 [legte die Staatsanwaltschaft](#) von Ragusa Berufung gegen das Urteil ein: Wenn das Prinzip, dass Migrant*innen nicht nur vor einem möglichen Schiffbruch, sondern auch vor den Libyern gerettet werden müssen, durchgesetzt wird, besteht die Gefahr, dass sich jeder organisieren könnte, um Migrant*innen nach Italien zu bringen. Und dies nicht unbedingt zu ausschließlich humanitären Zwecken". Nun wird der Fall also wieder aufgerollt. Fulvio Vassallo Paleologo bringt dies in Zusammenhang mit der Haltung der italienischen Regierungen: „Unabhängig vom Ausgang dieser Berufung aus verfahrensrechtlicher Sicht scheint die Position des

Staatsanwalts von Ragusa der politischen Ausrichtung der Regierung zu entsprechen, sowohl der amtierenden als auch der vorangegangenen. Diese scheinen nicht davon abzuweichen, dass "sich das Prinzip der Rettung von Migrant*innen vor Libyern nicht durchsetzen darf."

Etienne und Mare Jonio: Geld gegen Transfer?

Ein neuer absurder Höhepunkt der Kriminalisierungsdebatte wurde mit dem Vorwurf der Staatsanwaltschaft von Ragusa am 1. März 2021 erreicht. Diese gab eine Pressemitteilung heraus, in der sie über die Vollstreckung des Dekrets der "persönlichen und lokalen Durchsuchung und Beschlagnahme" gegen einige Personen, die der Plattform Mediterranea angehören, informiert. Vorgeworfen wird ihnen Straftatbestand der "Beihilfe zur illegalen Einreise". Angeblich soll Mediterranea von der dänischen Container-Tankerfirma MAERSK Geld für die Übernahme von 27 Geretteten auf deren Schiff Etienne erhalten haben.



Foto: Kai von Kotze/Sea-Watch.org

Die Rettung der Etienne im August 2020 ging in die Geschichte als längster so genannter „stand off“ von Schiffen ein, die auf die Zuweisung eines sicheren Hafens für gerettete Migrant*innen warten.

Am 4. August hatte die Seenotrettungsleitstelle Malta die Etienne aufgefordert, zur Rettung zu eilen, dem diese auch sofort nachkam. Doch seitdem saßen die Geretteten 38 Tage auf der Etienne fest, bis die Mare Jonio sie übernahm und nach Pozzallo brachte. Volodimir Yeroshkin, der Kapitän der Etienne, verlangte nach vier Wochen des Wartens [per Video](#) endlich eine Lösung zu finden, da niemand

an Bord des Tankers ausgebildet sei, die Geretteten medizinisch und psychisch zu betreuen. Die Pressemitteilungen der Staatsanwaltschaft Ragusa am 1. März sind mehr als kryptisch, erst mit einer nachfolgenden [Erklärung von Mediterranea](#) wird klarer, worum es sich eigentlich handelt: „Heute im Morgengrauen wurde eine groß angelegte Polizeiaktion gegen Mediterranea Saving Humans gestartet. Die Staatsanwaltschaft von Ragusa hat die Durchsuchungen koordiniert, die von Dutzenden von Agent*innen in ganz Italien durchgeführt wurden, in Wohnungen, Firmenbüros und auf dem Schiff Mare Jonio. Die Anschuldigungen sind schwerwiegend, aber in Wirklichkeit zielen sie darauf ab, die zivile Seenotrettung zu treffen, die Mediterranea seit 2018 (...) durchführt. (...) Der Staatsanwalt von Ragusa hat mehrmals öffentlich seinen Kreuzzug gegen NGOs nach außen getragen und ist dabei so weit gegangen, zu behaupten, dass "es notwendig ist, die Idee, Migrant*innen aus den Händen der Libyer zu befreien, nicht einreißen zu lassen". Es handelt sich heute um ein echtes "juristisches Theorem", bei dem davon ausgegangen wird, dass die Rettungs- und Bergungsaktivitäten mit Gewinnstreben verbunden sind. Die unterstellte "Intrige" ist so surreal, dass es offensichtlich ist, was das erste und wahre Ziel dieser Operation ist: Diese "Schlamm-Maschinerie" zu schaffen, die wir so oft in unserem Land in Aktion gesehen haben (...). Mit den Durchsuchungen sollten "Beweise" gefunden werden, aber in Wirklichkeit basiert die Anklage, trotz tausender Stunden von Telefonabhörungen, nur auf Vermutungen, die bald wie Schnee in der Sonne schmelzen werden".



Foto: [Mediterranea Saving Humans](#)

Kis Soegaard, Pressesprecher der MAERKS Tankers, lässt verlauten, dass es zu [keinem Zeit-](#)

[punkt finanzielle Absprachen](#) für die Übernahme der Geretteten gegeben habe. Die angebliche Straftat: die nun unter Anklage stehenden Vertreter von Mediterranea, Alessandro Metz und Giuseppe Caccia (ebenso angeklagt sind Luca Casarini und Pietro Marrone), hatten einen Monat nach der Ankunft der 27 Geflüchteten Vertreter der MAERKS Tankers getroffen. Die [Tageszeitung Avvenire](#) zitiert: „Das Zusammentreffen hat sich "im Rahmen von Zusammenkünften mit den Vertretungsorganisationen der dänischen und europäischen Reeder ereignet, mit denen wir die Probleme der Handelsschiffe besprechen wollen, die im Mittelmeer fahren. Es ging um eine gemeinsame Forderung, damit die europäischen Staaten die relativen Verpflichtungen zur Koordination der Rettungen und der Ausschiffung der im Meer geborgenen Personen respektieren".

Die Ermittler hingegen behaupten, dass sie über Elemente verfügen, aus denen eine Verständigung vor der Umladung als "plausibel" angesehen werden kann.“

Interessant und wichtig ist die [Auslegung des Juristen Stefano Zirulia](#) der Staatlichen Universität in Mailand: „Die Staatsanwaltschaft von Ragusa eröffnete ein Verfahren wegen Beihilfe zur illegalen Einreise und behauptete, Beweise dafür zu haben, dass die Überführung der schiffbrüchigen Migrant*innen von dem dänischen Schiff auf das italienische Schiff auf der Grundlage einer kommerziellen Vereinbarung erfolgte, bei der der Eigentümer des dänischen Schiffes eine hohe Geldsumme für die von dem italienischen Schiff erbrachte Leistung zahlte. Unbeschadet der Tatsache, dass das tatsächliche Geschehen in der Gerichtsverhandlung festgestellt werden muss, erscheint die Betonung wirtschaftlicher Aspekte objektiv unverhältnismäßig und lenkt letztlich von den eigentlichen Fragen ab. In Italien hängt die strafrechtliche Verantwortlichkeit für das Verbrechen der Beihilfe zur irregulären Einwanderung nämlich nicht davon ab, dass man aus Gewinnstreben gehandelt hat; sie hängt vielmehr davon ab, dass man undokumentierte Migrant*innen illegal nach Italien transportiert hat (Artikel 12 des Einwanderungsgesetzes).“ Sprich: der Tatbestand des gewinnorientierten Handelns ist ein erschwerender Fakt, er kann,

muss aber nicht mit dem Straftatbestand der Beihilfe zur illegalen Einreise einhergehen. Und hier kommt es laut Zirulia zum Problem der Kriminalisierung der Solidarität, denn auf der Anklagebank landen gleichermaßen Angeklagte, die aus Gewinnstreben gehandelt haben wie auch diejenigen, die uneigennützig handelten. Interessant und ein Vorreiter in dieser Diskussion ist das Urteil des Kassationsgerichtshofes im Falle der Kapitänin der Sea-Watch3, Carola Rackete, die dem „stand off“ der Geretteten auf ihrem Schiff mit der Einfahrt in den Hafen von Lampedusa ein Ende setzte. Das Gericht erklärte, dass der Transport von Schiffbrüchigen nach Italien nicht als "illegal" angesehen werden kann, auch dann nicht, wenn es sich um Menschen ohne Papiere handele: Die Pflicht zur Rettung von Menschenleben in Gefahr, die durch die Seerechtskonventionen (Unclos, Sar und Solas) sanktioniert wird, überwiegen gegen das staatliche Interesse am Schutz der Grenzen. Damit wurde Carola Rackete vom höchsten italienischen Gericht freigesprochen. Auch im Falle der Mare Jonio/Etienne verhalte es sich so, erklärt Zirulia. Es gehe um die Einhaltung der Pflicht der internationalen Konventionen. Wenn es jedoch keine Beihilfe zur illegalen Einreise gibt kann es auch keinen erschwerenden Tatsachenbestand des Gewinnstrebens geben. Das sei „wie die Vorstellung, ein Haus einzurichten, das noch kein Dach und keine Wände hat: Unsinn.“ Die Staatsanwaltschaft von Ragusa ist sich dessen sicher bewusst, bleibt also die Frage, warum, wenn nicht politisch motiviert, sie so handelt.

Die Klagen gegen Ärzte ohne Grenzen und SOS Méditerranée

Während die Staatsanwaltschaft von Ragusa gegen die Mediterranea vorgeht entschied das Gericht in Catania am selben Tag, den Prozess gegen MSF (Ärzte ohne Grenzen)/SOS Méditerranée zu beginnen. Vor mehr als zwei Jahren, im November 2018, hatten die Behörden das Schiff der beiden Organisationen, die Aquarius, festgelegt, was letztendlich zur Aufgabe des Schiffes führte. Angeblich hätten die Organisationen den Müll des Schiffes, vor allem den Sondermüll, falsch entsorgt. Dieser

Vorwand bot der Staatsanwaltschaft in Catania, die seit Jahren für die Kriminalisierung der Seenotrettung bekannt ist, endlich eine Möglichkeit, das Schiff der beiden Organisationen aus dem Verkehr zu ziehen. Der Prozess soll im November 2021 beginnen. Angeklagt sind letztendlich drei Mitarbeiter von MSF und ein Mitarbeiter einer Müllentsorgungsfirma. Das Verfahren könnte noch auf weitere zehn Personen ausgedehnt werden, die derzeit wegen Verfahrensfehlern nicht belangt werden konnten.

Ebenfalls am 2. März wurde auch das [Gericht in Trapani](#), welches wegen angeblicher Beihilfe zur illegalen Einreise ermittelt, gegen MSF aktiv. MSF dazu: "Nach jahrelangen Ermittlungen haben wir gestern von der Staatsanwaltschaft Trapani den Bescheid über die Einstellung der Ermittlungen wegen Beihilfe zur illegalen Einreise [und damit zum Auftakt der Prozessführung, Anm. der Red.] zusammen mit anderen humanitären Schiffen erhalten. Vom Ermittlungsrichter Catantias kam die Entscheidung des Beginns eines Verfahrens wegen illegalen Müllhandels", betont Ärzte ohne Grenzen. „Die Entscheidungen der Justiz in wenigen Stunden verlängern die Liste der zahlreichen Versuche, die Seenotrettung zu kriminalisieren. Bis heute konnte keine der Anklagen bestätigt werden, doch haben sie die Rettungseinsätze gefährlich schwächen können.“



Foto: [luventa10](#)

Der Fall der IUVENTA

Das Klageverfahren gegen MSF in Trapani betrifft auch damalige Crewmitglieder der Iuventa (Jugend rettet) und die Organisation Save the Children.

Es geht auf Rettungsfälle aus den Jahren 2016 und 2017 zurück. Am 02. August wurde die IUVENTA zum Einlaufen in den Hafen von Lampedusa gezwungen. Es war die letzte Fahrt des Rettungsschiffs im Mittelmeer, da es präventiv beschlagnahmt und die Besatzung der Beihilfe von zur illegalen Einreise und Kontakte zu Menschenschmugglern angeklagt wurde. Diese haltlosen Behauptungen sollen an drei Rettungsaktionen (eine am 10. September 2016 und zwei am 18. Juni 2017) festgemacht werden, an denen die Besatzung angeblich mit libyschen Schmugglern kommunizierte. Trotz der minutiösen Aufarbeitung von Foto- und Videomaterial der Rettungsaktionen durch [Forensic Architecture](#), die die Anklagepunkte aus dem Weg räumt, wurden der Einspruch beim zuständigen Gericht, sowie der darauffolgende Widerspruch beim Kassationsgericht abgelehnt. Das Ermittlungsverfahren wurde Anfang März 2021 beendet und das Gericht wird nun einen Prozess einleiten. 21 Personen und drei Organisationen sind angeklagt, darunter bisher vier Mitglieder der Iuventa10 sowie MSF und Save the Children, die 2017 das Rettungsschiff Vos Hestia betrieben. Den Besatzungsmitgliedern, die der „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ angeklagt werden, drohen im Falle einer Verurteilung bis zu 20 Jahre Gefängnis. In einer [Presseerklärung von Solidarity at Sea /Iuventa10](#) schreibt Francesca Cancellaro, Anwältin der Iuventa10: „Menschenleben zu retten ist niemals ein Verbrechen. Wir werden beweisen, dass alle Einsätze der Iuventa völlig legal waren. Die Freiwilligen der Iuventa stachen zu einer Zeit in See, in der sich die EU aus dem Mittelmeer zurückzog und es damit zu einem Massengrab für Europas Unerwünschte machte. Sie stachen in See, um nichts weniger als das Recht auf Leben und das Recht, Asyl zu beantragen, zu schützen – so wie es das Völkerrecht, aber vor allen Dingen mitmenschliche Solidarität fordert.“ Michel Brandt, MdB und Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und stellvertretender Vorsitzender des Migrationskomitees im Europarat, [zur Anklage von Seenotretter*innen](#) durch die Staatsanwaltschaft in Trapani: „Die Anklage ist Teil einer gezielten Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne. Ziel ist die Bekämpfung jeder Solidarität mit Menschen auf der Flucht und

schlussendlich die Bekämpfung dieser Menschen selbst. Wir müssen uns fragen: Was für ein Europa ist das, in dem das Retten und Unterstützen von Menschen in Not bestraft wird, während gewaltvolle Pushbacks und das Sterbenlassen von Menschen zur Normalität erklärt werden?“

Die Freilassung der Sea Watch 4

Kaum zu glauben ist hingegen die Wendung im Fall der Sea Watch 4. Sie war am 19. September 2020 nach einer Rettung im Hafen von Palermo festgesetzt worden, nun kam sie nach fast einem halben Jahr der Untätigkeit endlich frei. Die italienischen Behörden hatten die Sea-Watch 4 nach einer Hafenstaatkontrolle unter fadenscheinigen Gründen festgesetzt. Zu viele [sic!] Rettungswesten seien an Bord war eine dieser Begründungen. Am 2. März hat das Verwaltungsgericht in Palermo, das seit Dezember 2020 auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes in diesem Fall wartete, die Festsetzung vorläufig aufgehoben. Bleibt abzuwarten, was der EuGH entscheidet.



Die Sea Watch im Hafen von Palermo, Foto: Giuseppe Mazzola

Das Schiff läuft unter deutscher Flagge und die Feststellungen der angeblichen Mängel der [Hafenstaatkontrolle](#) bedeuten auch, dass der Flaggenstaat seine Arbeit nicht richtig macht. Die deutschen Behörden bestätigten daher gegenüber Sea-Watch wiederholt, dass die Sea-Watch4 alle Sicherheitsvorgaben erfülle. In der [Presseerklärung von Sea-Watch](#) heißt es: „Die Richterin stellte klar, dass die Sicherheit der Schiffe auch im Falle von Notsituationen durch den Flaggenstaat und den Schiffskapitän gewährleistet ist. Sie betonte zudem, dass – in je-

dem Fall – der Transport von geretteten Personen an Bord auf die Zeit beschränkt ist, die für ihre Anlandung an einem sicheren Ort unbedingt erforderlich ist.“

2. Solidarität an Land – die Kriminalisierung der Arbeit von Linea d’Ombra in Triest

[borderline-europe](#), 05. März 2021: Am Morgen des 23. Februars 2021 führte ein Sonderkommando der italienischen Staatspolizei eine Razzia im Haus von Lorena Fornasir, einer 68-jährigen Psychotherapeutin, und Gian Andrea Franchi, einem 84-jährigen ehemaligen Philosophieprofessor, durch. Seit Jahren setzen sich beide in der Hafenstadt Triest, Italien, für die Rechte Geflüchteter und Migrant*innen ein. Im Jahr 2019 gründeten sie die Freiwilligenorganisation "Linea d'Ombra", die finanzielle Mittel zur Unterstützung von Schutzsuchenden sammelt. Bei der Ankunft der Menschen an den Grenzen stellen sie ihnen Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung zur Verfügung. Außerdem reisen sie monatlich nach Bosnien, um dort Migrant*innen und Aktivist*innen vor Ort zu helfen. Die Hafenstadt ist nur wenige Kilometer von der slowenischen Grenze entfernt und für viele Menschen auf der Flucht lediglich eine Etappe auf einem beschwerlichen Weg über die Balkanroute, die sie zu ihrem Zielort bringen soll.



Aktion 06. März 2021 in Palermo, Foto: Alessandro Luparello

Während des COVID-19 Ausbruchs im letzten Jahr steckten viele Menschen in der Stadt fest, da die Grenzen nacheinander geschlossen wurden. Bis zu 200 Menschen befanden sich in der Stadt, die nach der langen Fluchtroute am Ende ihrer Kräfte waren, keine Unterkunft hatten und Hilfe benötigten. Organisationen wie "Linea d'Ombra" unterstützten die Menschen

da, wo die Regierung untätig bleibt bzw. bewusst Unterstützung versagt.

In den letzten Monaten wurden zusätzlich die Grenzkontrollen intensiviert: die ankommenden Menschen wurden entweder direkt in Gewahrsam genommen, meist ohne jegliche Erklärung oder Informationen zu bekommen, oder illegal von der Grenzpolizei nach Slowenien zurückgeschoben. Dies verursacht eine Kettenreaktion, bei der die Pushbacks über Slowenien durch Kroatien zurück bis nach Bosnien und Herzegowina reichen, wo die Geflüchteten teilweise unter unmenschlichen Bedingungen ausharren müssen. Italien streitet jedoch ab, dass es sich hierbei um illegale Pushbacks handelt. Zu dem Zeitpunkt der Razzia kam eine iranisch-kurdische Familie bei Gian Andrea unter, der er half. Gegen Gian Andrea Franchi läuft nun ein Ermittlungsverfahren, welches ihn der Beihilfe zur illegalen Einwanderung beschuldigt. Das durchsuchte Privathaus der beiden bildete ebenfalls die Zentrale des Vereins "Linea d'Ombra". Es wurden dabei private Telefone, Geschäftsbücher und etliche Materialien beschlagnahmt, die nun als Beweismaterialien behandelt werden. Während die Europäischen Staaten systematisch die Rechte Schutzsuchender ignorieren und verletzen, verfolgen sie außerdem diejenigen, die nicht weg-, sondern hinschauen. Die Aktivist*innen Gian Andrea Franchi und Lorena Fornasir werden nun für ihre solidarische Hilfe kriminalisiert. Ihre Handlungen werden von der Regierung in der Öffentlichkeit diskreditiert und zur Zielscheibe polizeilicher Ermittlungstätigkeit gemacht.

Europaweit fand am 6. März aus dem Anlass der Anklagen gegen Gian Andra Franchi und Lorena Fornasir ein Aktionstag gegen die Kriminalisierung der Solidarität statt.

Weitere Texte zum Thema:

[ECRE](#): Italy Steps up Criminalisation of the Civil Fleet as Dozens Die at Sea, 05.03.2021

[ADIF](#): Perché si devono “salvare i migranti dai libici”, e dai governi europei, 03.03.2021.

Eine deutsche Übersetzung dieses Grundlagen-Artikels findet sich [hier](#).

Il Fatto Quotidiano: I racconti dei migranti respinti a Trieste: “Ho gridato ‘siamo in Slovenia’. Il poliziotto italiano mi ha afferrato e detto ‘tu scendi per primo’”, 08.03.2021

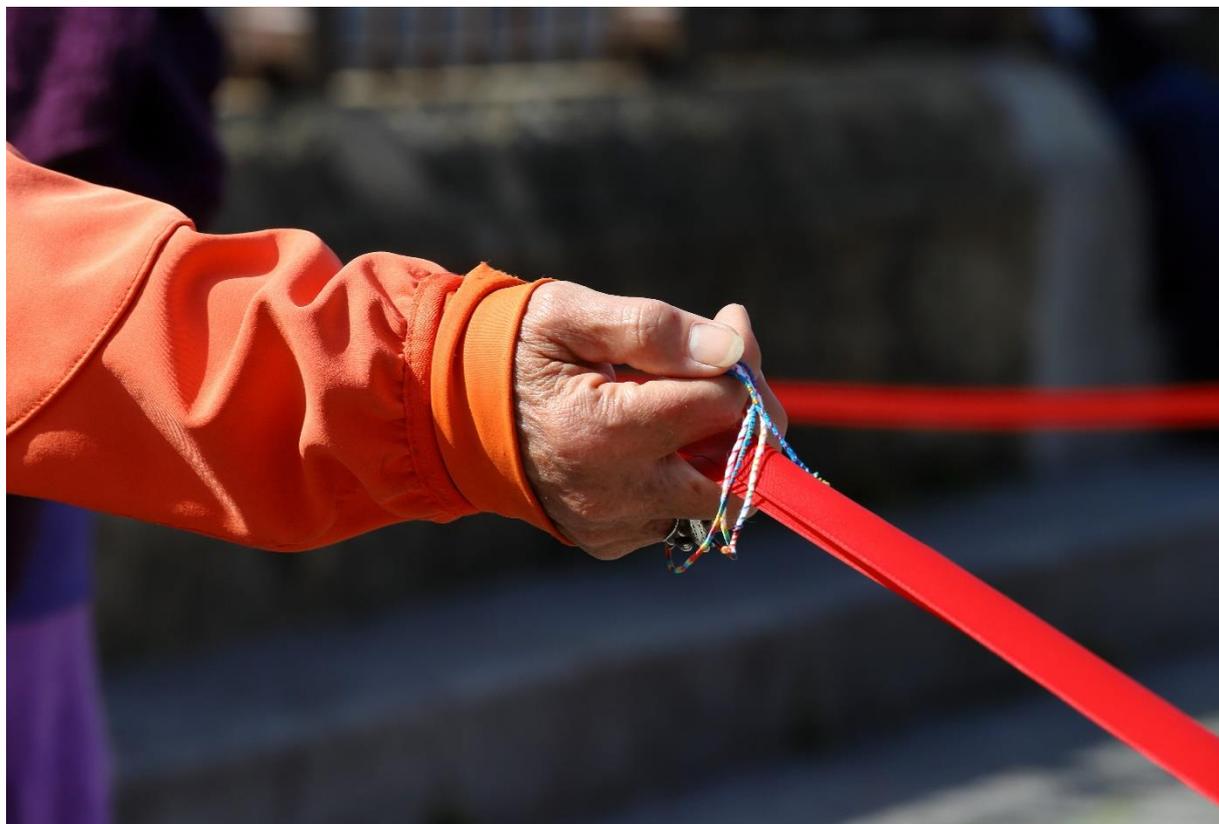
borderline-europe: Video internationaler Aktionstag gegen die Kriminalisierung der Solidarität, Aktion in Berlin 06.03.2021

Forum Antirazzista di Palermo: Video internationaler Aktionstag gegen die Kriminalisierung der Solidarität, Aktion in Palermo 06.03.2021

Un ponte di corpi: Video internationaler Aktionstag gegen die Kriminalisierung der Solidarität, Zusammenstellung aus 35 Städten, 06.03.2021

Kontakt

borderline-europe
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de



Aktion 06. März 2021 in Palermo, Eine Brücke der Körper. Foto: Giuseppe Mazzola
Titel: Aktion 06. März 2021 in Palermo
Foto: Alessandro Luparello